

## Antrag A01: Für einen starken (Sozial-)Staat - Demokratie, Teilhabe und Wohlstand fördern

Antragsteller*in:	DGB-Bundesvorstand
Status:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

### 1 (Sozial-)Staat modernisieren – für, nicht gegen die Menschen

2 Eine robuste Demokratie, ein handlungsfähiger Staat und ein starker Sozialstaat sind  
3 unverzichtbar, damit die Menschen bei uns trotz aller Krisen und Umbrüche mit  
4 Zuversicht in die Zukunft blicken können, dass es in unserer Gesellschaft gerecht  
5 zugeht. Sie müssen darauf vertrauen können, dass sie Planungssicherheit haben und  
6 wirksam gegen Lebensrisiken abgesichert sind. Wenn sich hingegen Vermögen stark auf  
7 wenige konzentriert, während der Wohlstand von Arbeitnehmer\*innen deutlich stagniert  
8 oder zurückgeht und ärmere Bevölkerungsschichten von gesellschaftlicher Teilhabe und  
9 sozialer Sicherheit ausgeschlossen bleiben, leidet der gesellschaftliche  
10 Zusammenhalt. Ausgrenzung und Angst vor sozialem Abstieg machen anfällig für  
11 Radikalisierung, Rassismus und Hass.

12 Ausgaben für den Sozialstaat sind Zeichen für Fortschritt und gesellschaftliche  
13 Modernisierung. Wer heute behauptet, „wir können uns den Sozialstaat in seiner  
14 heutigen Form nicht mehr leisten“, spricht den Menschen das Recht auf  
15 gesellschaftliche Teilhabe und ein solidarisches Miteinander ab. Ein Sozialstaat, der  
16 für Wohlstand und Lebensqualität der gesamten Bevölkerung sorgt und Teilhabe  
17 ermöglicht, kann kein „billiger Staat“ sein. Pflege, Gesundheit, Rente und  
18 Arbeitslosenversicherung sind kein Gnadenerweis, kein Geschenk und schon gar keine  
19 Verfügungsmasse, über die Vermögende, Unternehmen oder Politiker\*innen nach Gutdünken  
20 oder Kassenlage frei entscheiden können. Es geht um unser Geld, und es geht um unser  
21 gutes Recht auf verlässliche Leistungen. Einem Klassenkampf von oben, der darauf  
22 abzielt, den Sozialstaat zu schwächen oder gar zu zerschlagen, stellen wir uns mit  
23 aller Macht entgegen.

24 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften kämpfen für einen demokratischen,  
25 handlungsfähigen und starken (Sozial-)Staat. Wir werden ihn verbessern und ausbauen.  
26 Wie er sich in Zukunft entwickelt, hängt davon ab, wie wir heute die Weichen stellen.

27 Wir brauchen nicht weniger, sondern einen klügeren Sozialstaat. Nicht „alles bleibt,  
28 wie es ist“, sondern Weiterentwicklung ist das Gebot der Stunde. Wir Gewerkschaften  
29 sehen die Notwendigkeit, unseren Sozialstaat auf die Höhe der Zeit zu bringen.

30 Sozialstaatsreform bedeutet für uns aber das Gegenteil von Sozialabbau. Wer die  
31 Abrissbirne gegen unseren Sozialstaat einsetzt, betreibt einseitigen Leistungsabbau  
32 auf Kosten und zu Lasten der Menschen. Um die daraus entstehenden Lücken in der  
33 sozialen Absicherung auszugleichen, müssten sie privat Abhilfe schaffen – eine  
34 Option, die nur die Allerwenigsten haben.

35 Für uns steht deshalb fest: Reformen im Sozialstaat müssen an klaren qualitativen  
36 Zielen ausgerichtet sein. Sie müssen zu spürbaren, erlebbaren Verbesserungen im  
37 Alltag der Menschen führen. Sozialleistungen müssen vor allem leichter zugänglich,

38 schneller geleistet und Antragsverfahren bürgerfreundlicher sowie Verwaltungshandeln  
39 effizienter und effektiver werden.

40 Dafür braucht es klare Regeln, einfache Verfahren und öffentliche Stellen, die  
41 erreichbar sind. Doch zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft vielerorts eine  
42 Lücke: Die Zuständigkeiten sind extrem unübersichtlich, viele Sozialgesetze sind  
43 hochkomplex und die komplizierten Detailregelungen für Leistungsberechtigte kaum  
44 nachvollziehbar. Zuständigkeiten einfacher zu regeln, das Recht zu vereinfachen –  
45 ohne jedoch Leistungsansprüche zu beschneiden –, bietet das Potenzial einer Win-Win-  
46 Situation: Zugänge und Leistungsansprüche werden transparenter und bei den  
47 Sozialbehörden entfallen Prüf- und Berechnungsschritte.

48 Sozialleistungen müssen – anders als heute – auch bei allen ankommen, die darauf  
49 einen Rechtsanspruch haben. Eine höhere Quote der Inanspruchnahme, die die echten  
50 Bedarfe abbildet, muss daher vorrangiges Ziel jeder Sozialstaatsreform sein. Es gilt,  
51 Hürden abzubauen und die Zugänge zu Leistungen zu erleichtern. Dies kann gelingen,  
52 wenn insbesondere Verschiebehöfe zwischen konkurrierenden Leistungssystemen  
53 überwunden und Antragsverfahren einfacher und bürgerfreundlicher werden.

54 Wer sein Einkommen und seine Arbeit oder seine Wohnung verliert, wer erkrankt oder in  
55 anderer Weise in eine Notlage gerät, der braucht schnell, unkompliziert und  
56 verlässlich sozialstaatliche Unterstützung. Denn mit einem Schicksalsschlag ist oft  
57 nichts mehr, wie es vorher war. Kurze Bearbeitungszeiten sind ein entscheidender  
58 Faktor, insbesondere wenn es um Lohnersatz und existenzsichernde Leistungen geht.  
59 Neben der schnellen und nachvollziehbaren Klärung leistungsrechtlicher Fragen - wem  
60 steht was wann zu -, ist die erlebte Qualität des Sozialstaats in hohem Maße davon  
61 abhängig, wie dessen Institutionen personell und technisch ausgestattet sind und wie  
62 effektiv Prozesse organisiert sind. Die Leistungsfähigkeit der öffentlichen  
63 Verwaltung ist für die Zukunft zu sichern.

64

#### 65 **Der soziale Staat ist Garant für Demokratie**

66 Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ist der Sozialstaat die Voraussetzung  
67 für ein gutes Miteinander, für Chancengleichheit und nachhaltiges  
68 Wirtschaftswachstum. Ein starker Sozialstaat und ausgebaute, gut funktionierende und  
69 bezahlbare öffentliche Dienstleistungen und Angebote sind Grundvoraussetzung für  
70 sozialen Frieden und Teilhabe am Wohlstand für alle Schichten der Bevölkerung. Sie  
71 sind Grundlage für das Vertrauen und die Akzeptanz gegenüber staatlichen Strukturen  
72 und ihren Repräsentant\*innen und damit auch für eine offene, demokratische  
73 Gesellschaft.

74 Der soziale Staat, den der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften stärken wollen, ist  
75 ein Gemeinschaftsprojekt der Menschen in unserem Land. Er ist kein autoritäres  
76 Projekt „von oben“, welches die Bürger\*innen in ihren Freiheiten einengt und ihnen  
77 bürokratische Verfahren aufdrückt. Richtig gestaltet, nimmt der Staat den  
78 Bürger\*innen vielmehr Lasten ab und erleichtert ihr tägliches Leben. Im Staat  
79 organisieren die Menschen ihre gemeinschaftlichen Belange: Die Regeln, die für alle  
80 gelten, die Infrastruktur, die alle nutzen, und andere öffentliche Güter, die

81 gemeinschaftlich effizienter bereitgestellt werden als privat.

82 Der Sozialstaat schafft Sicherheit und verhindert Abhängigkeiten. Er ist ein  
83 emanzipatorisches Projekt und eröffnet die Chance für die Überwindung der  
84 Ungleichheiten zwischen Menschen in unterschiedlichen sozialen Lagen, den  
85 Geschlechtern und Menschen unterschiedlicher Herkunft. Der Sozialstaat ist inklusiv  
86 und dient allen Menschen. Soziale Sicherheit ist – über alle Generationen hinweg –  
87 eine Grundlage für die Freiheit des und der Einzelnen, das Leben sicher planen zu  
88 können. Der Sozialstaat bietet die Sicherheit, auf deren Basis die Menschen gerade in  
89 Umbruchssituationen Mut für neue Wege fassen können. Zusammen mit Guter Arbeit und  
90 Mitbestimmung ist soziale Sicherheit eine wichtige Voraussetzung für die Wahrnehmung  
91 demokratischer Rechte wie auch ein wirksamer Schutz gegen antidemokratische  
92 Einstellungen.

93 Der Sozialstaat braucht eine starke demokratische Verankerung. Die Soziale  
94 Selbstverwaltung in Deutschland ist Ausdruck gelebter Demokratie. Sie ermöglicht,  
95 dass Versicherte und Arbeitgeber\*innen über die Verwendung von Beiträgen  
96 mitentscheiden und Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen. Wo Menschen erleben,  
97 dass öffentliche Institutionen sie ernst nehmen, ihre Bedürfnisse und Bedarfe  
98 beachten, dort spüren sie ihre Selbstwirksamkeit und erfahren, wie sie durch  
99 demokratische Beteiligung eigenständig etwas zum Besseren verändern können.

100 Gerade in Zeiten, in denen der Sozialstaat unter finanziellem Druck steht, brauchen  
101 wir daher starke, legitimierte Gremien, die die Interessen der Versicherten und  
102 Beschäftigten wahrnehmen. Um dies weiterhin zu gewährleisten, werden wir das Prinzip  
103 der sozialen Selbstverwaltung stärken.

104

#### 105 **Der Sozialstaat schafft Sicherheit**

106 Als DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften setzen wir uns für Solidarität in allen  
107 Lebenslagen ein und beschränken uns nicht auf die Arbeitswelt. Der Sozialstaat muss  
108 alle Personengruppen unabhängig von Status, Alter, Geschlecht, Herkunft,  
109 Weltanschauung, sexueller Identität oder einer Behinderung erfassen und  
110 gleichbehandeln. Wir nehmen neue Lebensrealitäten in den Blick und machen deutlich,  
111 wo Leistungen des Sozialstaats angepasst, zielgenauer ausgestaltet und ausgebaut  
112 werden müssen. Wichtigstes Ziel ist und bleibt es, unsere sozialen Sicherungssysteme  
113 armutsfest und lebensstandardsichernd auszugestalten. Um dies zu erreichen, muss der  
114 Sozialstaat stabilisiert aber auch verändert werden.

115 Aufbruch für Reformen und Verteidigung gegen Abbau – beides ist das Gebot der Stunde!  
116 Wir wollen die Zielgenauigkeit und Wirksamkeit der Leistungen erhöhen, um den  
117 sozialen Schutz zu verbessern. Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge stärken  
118 und mehr Verteilungs- und Chancengerechtigkeit erreichen. Und wir wollen die Politik  
119 dazu bringen, diesen Weg einzuschlagen und die Menschen dabei mitzunehmen.

120 Aufgabe der von den Beschäftigten durch Arbeit und Beiträge finanzierten  
121 Sozialversicherungen ist es, die großen Lebensrisiken (Alter, Pflegebedürftigkeit,  
122 Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall, Erwerbsminderung) abzusichern bzw. ihrem  
123 Eintreten präventiv entgegenzuwirken. Das hilft, sozialen Abstieg oder gar Armut und

124 Abhängigkeiten zu vermeiden, und schafft Sicherheit. Jede und jeder Einzelne muss  
125 einen einfachen und niedrigschwelligen Zugang zu den Leistungen des Sozialstaats  
126 haben. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben dazu konkrete Vorschläge  
127 unterbreitet. Die Bedürfnisse der hilfesuchenden Menschen müssen hier der Maßstab  
128 sein. Ein realitätsgerecht ermitteltes Existenzminimum muss verlässlich gewährt  
129 werden. Wo Risiken heute noch nicht ausreichend abgedeckt werden, zum Beispiel bei  
130 flexiblen Altersübergängen für (körperlich) hart arbeitende Menschen, wenn Personen  
131 von sozialstaatlichen Leistungen ausgeschlossen werden, oder wenn Tätigkeiten oder  
132 Berufe durch den Struktur- oder Klimawandel stark verändert oder gar überflüssig und  
133 damit Weiterbildungen oder Qualifizierungen von Beschäftigten nötig werden, sind ein  
134 passgenauer Ausbau des Sozialstaats und eine präventive Arbeitsmarktpolitik  
135 notwendig. Insbesondere im Sozialstaat gilt für uns: Menschen kommen vor Profiten.  
136 Gesundheitsversorgung und Pflege müssen sich daran orientieren. Steigende Ausgaben  
137 müssen sich in einer qualitativ besseren Versorgung und in besseren  
138 Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen und der Pflege widerspiegeln.

139

#### 140 **Der soziale Staat schafft gute öffentliche Angebote und Entlastung**

141 Der soziale Staat bietet nicht nur eine Absicherung bei Krankheit oder  
142 Arbeitslosigkeit und im Alter, er muss auch für ein gutes Leben aller Menschen in  
143 allen Regionen sorgen – egal ob in der Stadt oder auf dem Land, in strukturschwachen  
144 oder -starken Räumen. Es ist Aufgabe des Staates, hochqualitative öffentliche  
145 Dienstleistungen bereitzustellen und für funktionsfähige, bedarfsgerechte  
146 Daseinsvorsorge zu sorgen. Wir fordern mehr bezahlbaren Wohnraum, gute Kitas,  
147 Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen, bedarfsgerechten Öffentlichen  
148 Nah- und Regionalverkehr, eine moderne Netzinfrastruktur und öffentliche Sicherheit.  
149 Auch die Investitionen in Pflege, Gesundheit und soziale Arbeit müssen massiv  
150 ausgeweitet werden. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, über ihre  
151 Pflichtaufgaben hinaus erreichbare Schwimmbäder, Jugend-, Familien- und  
152 Seniorenzentren sowie Kulturangebote zu ermöglichen.

153 Privatisierungen, die eine Gewinnorientierung in bislang nicht gewinnorientierten  
154 Bereichen befördern, müssen gestoppt und – wo es sinnvoll ist – umgekehrt werden.  
155 Denn vieles regelt der Markt nicht effizient oder gar nicht. Damit alle Menschen gut  
156 und bezahlbar mit Gütern versorgt werden können, die grundlegende Bedürfnisse  
157 abdecken und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, ist eine solidarische  
158 Finanzierung und Bereitstellung erforderlich.

159 Bildung ist vorausschauende Sozialpolitik – sie versetzt Menschen in die Lage, ihr  
160 Schicksal selbstbestimmt in die Hand zu nehmen und befähigt zur aktiven Teilnahme an  
161 einer demokratischen Gesellschaft. Deshalb ist eine qualitativ hochwertige und  
162 staatliche finanzierte Bildung über alle Lebensphasen hinweg ein Kernbestandteil und  
163 Gelingensbedingung eines starken Sozialstaats.

164 Unverzichtbar für ein funktionierendes Gemeinwesen, für das Vertrauen in Staat und  
165 Demokratie, ist ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst. Gerade vor dem Hintergrund  
166 zentraler Zukunftsaufgaben, die vor allem Kommunen vor Herausforderungen stellen,

167 kommt ihm eine entscheidende Rolle zu – beispielsweise beim Klimaschutz und der  
168 Klimaanpassung. Deshalb brauchen wir einen starken öffentlichen Dienst mit personell  
169 bedarfsgerecht ausgestatteten Behörden und Sozialversicherungsträgern sowie  
170 attraktiven Arbeitsbedingungen. Darin liegt die Grundvoraussetzung für einen  
171 öffentlichen Dienst mit engagierten Beschäftigten, die die nötige Zeit und den Raum  
172 haben, sich den Anliegen der Menschen zu widmen. Funktionsfähige Behörden mit  
173 flexiblen, verlässlichen Ansprechpartnern\*innen und einfachen Prozessen reduzieren  
174 den bürokratischen Aufwand für Unternehmen und Bürger\*innen erheblich – ohne dabei  
175 Gefahr zu laufen, sinnvolle Regulierung abzuschaffen

176 Gute öffentliche Dienstleistungen und Angebote der Daseinsvorsorge ermöglichen  
177 gesellschaftliche Teilhabe sowie ein klimafreundliches Leben. Sie stellen  
178 gleichwertige Lebensverhältnisse her, tragen zur Überwindung von  
179 Geschlechterungleichheiten bei und fördern Verteilungsgerechtigkeit und sind ebenso  
180 Teil wie Voraussetzung einer erfolgreichen Wirtschaft. Denn Maßstab für erfolgreiches  
181 Wirtschaften dürfen nicht bloß hohe Profite sein, sondern die Beiträge zu Wohlstand  
182 und Lebensqualität in der gesamten Gesellschaft.

183

#### 184 **Der (Sozial-)Staat ist Produktivkraft**

185 Eine verlässliche soziale Absicherung, eine gute gesundheitliche und pflegerische  
186 Versorgung, aber auch ein Nah- und Regionalverkehr mit guter Anbindung und enger  
187 Taktung steigern die Produktivität der Beschäftigten. Hervorragende Schulen und  
188 Universitäten ermöglichen Innovationen und Entwicklung sowie die effiziente  
189 Produktion hochwertiger Güter und Dienstleistungen. Eine gut ausgebaute Kita-  
190 Infrastruktur fördert die Jüngsten unabhängig von ihrer Herkunft und verschafft  
191 Eltern mehr Zeit für Erwerbsarbeit. Die öffentliche Daseinsvorsorge und der  
192 Sozialstaat sind damit ebenso Teil wie auch Voraussetzung und Erfolgsfaktor für eine  
193 langfristig erfolgreiche Wirtschaft, weil sie für sozial stabile Rahmenbedingungen  
194 sorgen, in denen Wirtschaft sich entwickeln kann.

195 Denn manchmal ist der Staat auch der bessere Unternehmer – etwa, wenn es um die  
196 Bereitstellung öffentlicher Güter, um natürliche Monopole in der Netzinfrastruktur  
197 oder um die gezielte Förderung langfristig sinnvoller Investitionen geht, die  
198 Privaten kurzfristig nicht rentabel erscheinen. Weder die Weiterentwicklung unserer  
199 Vorstellung der Sozialen Marktwirtschaft noch der dringend notwendige klimagerechte  
200 Umbau unserer Wirtschaft werden gelingen, wenn wir sie dem freien Spiel der Kräfte  
201 des Marktes überlassen.

202

#### 203 **Den (Sozial-)Staat solidarisch und auskömmlich finanzieren**

204 Der Sozialstaat droht heute schon, seine Sicherungsversprechen nicht mehr für alle  
205 aufrecht erhalten zu können, weil ihm die dafür nötigen Mittel vorenthalten werden.  
206 Der handlungsfähige Staat ist deshalb längst für viele Menschen nicht mehr sicht- und  
207 erfahrbar. Zusätzlicher Konsolidierungsdruck in den öffentlichen Haushalten ist  
208 bereits vorprogrammiert: In den kommenden Jahren werden die beschlossenen  
209 Unternehmenssteuersenkungen die Staatseinnahmen weiter ausdünnen. Die

210 schuldenfinanzierten Sondervermögen zur Bekämpfung der Corona-Krisenfolgen, für die  
211 Bundeswehr und die Infrastrukturinvestitionen wurden ohne Not mit Tilgungsplänen  
212 ausgestattet, die in den kommenden Jahren weitere Haushaltsmittel binden werden.  
213 Hinzu kommen die mit dem geplanten massiven kreditfinanzierten Anstieg der  
214 Verteidigungsausgaben einhergehenden Zins- und Tilgungslasten.

215 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern daher neben einer  
216 investitionsfreundlichen Reform der Schuldenbremse eine deutliche und dauerhafte  
217 Stärkung der Einnahmehasis von Staat und Sozialkassen, eine Entlastung der Kommunen  
218 von ihren Altschulden und ein echtes Konnexitätsprinzip. Ein starker Sozialstaat und  
219 eine erlebbare verlässliche Daseinsvorsorge werden in den kommenden Jahren – selbst  
220 bei unveränderten Leistungen – einen erhöhten Finanzbedarf nach sich ziehen. Um ihn  
221 zu decken, Versorgungslücken zu schließen und noch bessere, bedarfsgerechte,  
222 menschenwürdige Leistungen zu ermöglichen, braucht es einen neuen Finanzierungsmix  
223 aus Beiträgen aus Arbeit und aus Steuern.

224 So müssen die gesetzliche Krankenversicherung wie auch die soziale Pflegeversicherung  
225 durch einen verbindlichen dynamisierten steuerlichen Bundeszuschuss gestärkt und  
226 durch die kostendeckende Steuerfinanzierung gesamtgesellschaftlicher Leistungen  
227 entlastet werden. Der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung wie auch die  
228 Bundesmittel zur Bundesagentur für Arbeit dürfen nicht weiter gekürzt, sondern müssen  
229 erhöht werden. Zudem bedarf es auch einer Erhöhung des Beitragsaufkommens,  
230 idealerweise durch mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, oder auch durch  
231 eine Verbreiterung der Beitragszahler\*innenbasis, moderate Erhöhungen der Beiträge  
232 oder der Beitragsbemessungsgrenze.

233 Dies und eine dringend notwendige höhere Tarifbindung beteiligt die Arbeitgeber  
234 angemessen an der Finanzierung des Sozialstaats. Die paritätische Beteiligung der  
235 Arbeitgeber an der Finanzierung ist für uns ein unverhandelbarer Grundsatz. Jede  
236 Maßnahme, die darauf abzielt, sozialstaatliche Leistungen zu privatisieren, ist  
237 nichts anderes als der Versuch, die Finanzierungsverantwortung allein auf die  
238 Erwerbstätigen zu verlagern. Dem stellen wir uns mit aller Macht entgegen.

239 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern endlich Steuergerechtigkeit in  
240 Deutschland! Wir haben ein Steuerkonzept vorgelegt, das nicht an Relevanz verloren  
241 hat: Wir wollen die breite Masse der Beschäftigten bei der Einkommensteuer entlasten,  
242 während sehr hohe Einkommen sowie Vermögen, Erbschaften und Unternehmensgewinnen  
243 stärker belastet werden sollen. Das stärkt die Einnahmehasis des Staates dauerhaft  
244 und versetzt ihn in die Lage, eine moderne Infrastruktur und eine gute  
245 Daseinsvorsorge zu garantieren.

246 Zusammen sind ein starker Sozialstaat, bezahlbare und verlässliche öffentliche  
247 Angebote und Dienstleistungen sowie ein gerechtes Steuersystem Hebel zur Förderung  
248 von Verteilungsgerechtigkeit. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden sich  
249 in den kommenden Jahren verstärkt dafür einsetzen, dass diese Hebel genutzt werden,  
250 um den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land zu stärken: Für Demokratie, Teilhabe  
251 und Wohlstand.